



Globale Trends Analysen

Michèle Roth & Cornelia Ulbert

Kooperation in einer
post-westlichen Welt:
Herausforderungen
und Perspektiven

01 2018

IMPRESSUM

Herausgegeben von
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2, 53115 Bonn, Deutschland
Bonn 2018

Herausgeber-Team

Internationale Mitglieder: Dr. Adriana E. Abdenur (Instituto Igarapé, Rio de Janeiro), Prof. Manjiao Chi (Xiamen University), Dr. Jakkie Cilliers (Institute for Security Studies, Pretoria), Prof. Ramy Lakkis (American University of Science and Technology, Beirut), Prof. Siddharth Mallavarapu (Jawaharlal Nehru University, Neu-Delhi), Prof. Mzukisi Qobo (Johannesburg University)

Mitglieder der herausgebenden Institutionen: Prof. Dr. Helmut Breitmeier (Justus-Liebig-Universität Gießen, Stellvertreter der Vorsitzender des Vorstands der sef:), Prof. Dr. Lothar Brock (Goethe-Universität Frankfurt, Vorsitzender des Beirats der sef:), Dr. Michèle Roth (Geschäftsführerin der sef:), Dr. Cornelia Ulbert (Universität Duisburg-Essen, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des INEF)

Redaktion: Michèle Roth, Cornelia Ulbert
Übersetzung: Ann Peters
Lektorat: Ingo Haltermann
Design und Layout: DITHO Design GmbH
Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH
Papier: Umweltzeichen Blauer Engel
Gedruckt in Deutschland

ISSN: 2568-8790

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

mit diesem Heft halten Sie die erste Ausgabe der neuen Publikationsreihe GLOBALE TRENDS. ANALYSEN in Ihren Händen. Die Reihe ordnet aktuelle Entwicklungen vor dem Hintergrund langfristiger Trends ein. Sie vermittelt Wissen über globale Zusammenhänge und zeigt politische Handlungsmöglichkeiten auf. Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn, und das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen, knüpfen damit an die Tradition ihrer Buchreihe GLOBALE TRENDS, die von 1991 bis 2015 erschienen ist, an. Unsere Autorinnen und Autoren werten neueste wissenschaftliche Erkenntnisse sowie eine Fülle an Daten und Fakten aus. Unser Ziel ist es, komplexe Sachverhalte – auch mit Hilfe von Grafiken – anschaulich darzustellen.

Mit der neuen Publikation reagieren wir auf veränderte Lesegewohnheiten und sind künftig häufiger präsent. Zugleich möchten wir neue Einblicke ermöglichen. GLOBALE TRENDS. ANALYSEN präsentiert deshalb eine Vielfalt an politisch relevanten Themen aus den Bereichen Global Governance, Frieden und Sicherheit, Nachhaltige Entwicklung, Weltwirtschafts- und Finanzordnung, Umwelt und natürliche Ressourcen.

Die Reihe zeichnet sich besonders durch ihre Offenheit für Perspektiven aus verschiedenen Weltregionen aus. Entsprechend wird sie von einem internationalen Herausgeber-Team verantwortet. Wir freuen uns sehr, dass wir renommierte Kolleginnen und Kollegen aus Brasilien, China, Indien, Libanon und Südafrika dafür gewinnen konnten.

Die erste Ausgabe untersucht den gegenwärtigen Zustand von Global Governance und benennt Optionen der Fortentwicklung globaler Kooperationsformen für eine friedliche, nachhaltige und gerechte Entwicklung. Künftig sollen jährlich ca. drei Ausgaben folgen, die in deutscher und englischer Sprache kostenfrei online verfügbar sind.

Wir hoffen, Sie zu unseren regelmäßigen Leserinnen und Lesern zählen zu dürfen. Über Ihre Anregungen und Ihr Feedback freuen wir uns.

Renate Hendricks

Vorsitzende des Vorstandes
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

Prof. Dr. Tobias Debiel

Vorsitzender des Vorstandes
Institut für Entwicklung und Frieden,
Universität Duisburg-Essen

EINLEITUNG

Seit Ende des Kalten Krieges stand die Welt im Zeichen globaler Kooperation, überwiegend von Akteuren des Westens vorangetrieben und auf den Normen des westlichen Liberalismus basierend. Doch heute verschieben sich die globalen Machtverhältnisse, und die westlich geprägte liberale Ordnung befindet sich in einer Krise. Die USA, der bisherige „Anker“ dieser Ordnung, können oder wollen das System nicht länger am Laufen halten. Ihr ehemals wichtigster Verbündeter, die EU, hat mit einer gewissen Integrationsmüdigkeit zu kämpfen. In vielen Ländern des Westens sind neue nationalistische Bewegungen im Aufwind. Auch in anderen Teilen der Welt fürchten Menschen die Auswirkungen der Globalisierung und streben danach, nationale Autonomie zurückzugewinnen.

Was bedeutet dies nun für die Zukunft globaler Zusammenarbeit? Wie lässt sich der Wunsch nach mehr nationaler Eigenständigkeit in Einklang bringen mit Kooperationsnotwendigkeiten, die angesichts nicht-nachhaltiger Entwicklung, Ungleichheit, Konflikten und Menschenrechtsverletzungen bestehen? Welchen Effekt haben die sich ändernden Machtkonstellationen auf globale Zusammenarbeit? Neue Governance-Konzepte können dazu beitragen, globaler Kooperation wieder Schwung zu verleihen. Polyzentrische, multistakeholder-basierte, transnationale Governance-Formen, wie im „Pariser Abkommen“ angelegt, folgen eher einem Bottom-up- als einem Top-down-Ansatz. Darüber hinaus könnten auch konstruktive „Koalitionen der Willigen“ sowie eine größere Flexibilität bei Global Governance-Leistungen zum Gelingen künftiger Kooperation beitragen.

1. Frankreich

2. Vereinigtes Königreich
3. USA
4. Deutschland
5. Kanada
6. Japan
7. Schweiz
8. Australien
9. Schweden
10. Niederlande
-
23. China
- Indien (nicht unter den Top 30)

Der **Soft Power Index** kombiniert Daten aus sechs Kategorien (Regierung, Kultur, Bildung, globales Engagement, Unternehmen und Digitales) mit internationalen Befragungen aus 25 Ländern.

Engagement
Kultur

Infrastruktur
Bildung

1. Schweiz

2. USA
3. Singapur
4. Niederlande
5. Deutschland
6. Hongkong
7. Schweden
8. Vereinigtes Königreich
9. Japan
10. Finnland
-
27. China
40. Indien

Der globale **Wettbewerbsfähigkeits-Index** bemisst basierend auf mehr als 100 Indikatoren 12 Pfeiler der Wettbewerbsfähigkeit darunter Institutionen, Infrastruktur, makroökonomisches Umfeld, Gesundheit und Grundschulbildung.

Globale Macht – Schwer zu bemessen

Aktuelle Rankings und Trends nach unterschiedlichen Indizes (2017)

1. USA

2. Russland
3. China
4. Indien
5. Frankreich
6. Vereinigtes Königreich
7. Japan
8. Türkei
9. Deutschland
10. Ägypten

Ranking militärischer Stärke basierend auf über 50 Faktoren wie Waffenvielfalt, verfügbaren Einsatzkräften, geographischen Faktoren, logistischer Flexibilität, natürlichen Ressourcen und Einfluss der lokalen Industrie. Aktuelle politische/militärische Herrschaft wird **NICHT** berücksichtigt.

Waffen
Einsatzkräfte

ökonomisches Kapital
Militarisierung

1. USA

2. China
3. Russland
4. Indien
5. Deutschland
6. Vereinigtes Königreich
7. Frankreich
8. Japan
9. Brasilien
10. Kanada

Der **Index staatlicher Macht** 2017 misst die Macht von Staaten anhand von 17 Indikatoren in 7 Dimensionen (ökonomisches Kapital, Militarisierung, Land, Humankapital, Kultur, natürliche Ressourcen, Diplomatie).

Quelle:
Global Competitiveness Index 2017-2018
(<https://widgets.weforum.org/global-competitiveness-report-2017/>)
2017 Military Strength Ranking
(<https://www.globalfirepower.com/countries-listing.asp>)
The Soft Power 30
(<https://softpower30.com/wp-content/uploads/2017/07/the-Soft-Power-30-Report-2017-Web-1.pdf>)
State Power Index 2017
(<http://index.ineuropa.pl/en/>)

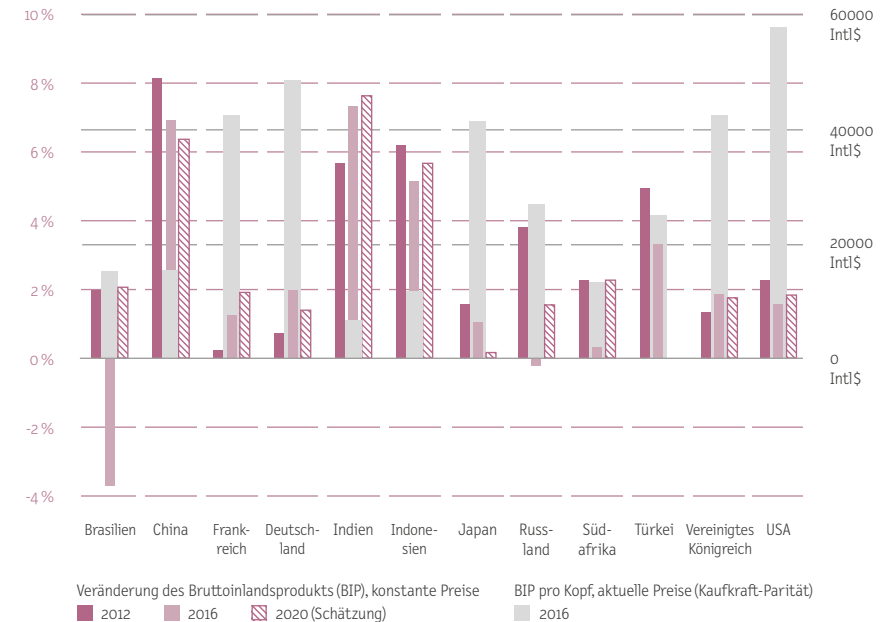
1. KRISE DER WESTLICHEN LIBERALEN ORDNUNG UND AUFSTIEG NICHT-WESTLICHER MÄCHTE

Der angebliche Niedergang der westlichen Welt und das Ende der US-Hegemonie sind seit Beginn des 21. Jahrhunderts häufig prophezeit worden. Die abnehmende relative Wirtschaftsmacht, eine alternde Bevölkerung und gescheiterte Militäreinsätze scheinen das Ende eines einzigartigen, von der Dominanz des westlichen Liberalismus geprägten Zeitalters zu signalisieren. Der Optimismus, mit dem der Westen noch in den 1990er Jahren einen weltweiten Aufstieg der Demokratie, der Marktwirtschaft und des Schutzes der Menschenrechte vorhersah, hat sich längst verflüchtigt. Nicht zuletzt verriet das westliche Bündnis seine eigenen Ideale, indem es den „Krieg gegen den Terror“ zwar im Namen der individuellen Menschenrechte, nicht jedoch nach deren Grundsätzen führte. Das Konzept des regelbasierten Multilateralismus und eines global gültigen Prinzips von Rechtsstaatlichkeit als Garant für die Lösung transnationaler Probleme hat mittlerweile sowohl im Westen als auch andernorts augenscheinlich an Attraktivität eingebüßt. Das Aufleben von Nationalismus und Populismus in den westlichen Ländern fordert die zentralen Werte liberaler Demokratien heraus – in erster Linie den kulturellen Pluralismus und die Weltoffenheit.

Parallel dazu verzeichneten mehrere große Schwellenländer – insbesondere die sogenannten BRICS- (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und MIST-Staaten (Mexiko, Indonesien, Südkorea, Türkei) – in der jüngsten Vergangenheit beeindruckende wirtschaftliche Fortschritte. Allerdings ist der Aufschwung in den meisten dieser Länder (mit Ausnahme Chinas und Indiens) ins Stocken geraten, wenn nicht gänzlich zum Stillstand gekommen. So ist ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf weiterhin verhältnismäßig niedrig [Abb. 2]. Bedingt durch Korruption und schwache Institutionen sowie einen Mangel an Transparenz und Verantwortung sind einige dieser Staaten zudem von internen politischen Krisen gebeutelt. Trotzdem ist vor allem China mittlerweile zu einer maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Macht in der internationalen Arena geworden. Indien hingegen scheint sein Potenzial noch immer nicht voll auszuschöpfen. Russland wiederum hat unter Vladimir Putin trotz eines Konjunktur einbruchs geopolitischen Einfluss zurückgewonnen.

ABBILDUNG 2

China und Indien weisen weiter beeindruckende Wachstumsraten auf
Unterschied im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bleibt hoch



Quelle: Internationaler Währungsfond, World Economic Outlook Database, Oktober 2017

Ungewiss ist jedoch weiterhin, in welchem Maße China, Indien oder auch andere aufstrebende Länder und Regionen in der Lage – und willens – sind, in der globalen Kooperation eine (normative) Führungsrolle zu übernehmen.

1.1 NATIONALE AUTONOMIE ALS NEUE WUNDERWAFFE

Viele westliche Länder erleben gegenwärtig eine Welle des Nationalismus, der im Misstrauen gegenüber den Vorteilen der Globalisierung und einem internationalen System wurzelt, das als elitäres Projekt wahrgenommen wird. Unzufriedenheit mit der Politik der Parteien der Mitte scheint weitverbreitet und bietet einen Nährboden für radikalere Antworten [Abb. 3]. Die britische Wochenzeitung The Economist bezeichnet dieses Phänomen als die „Rache der Bedauernswerten“ (The Economist Intelligence Unit 2017) durch jene, die sich als Verlierer einer Globalisierung sehen, welche zu stetig wachsender Ungleichheit und einer tiefen Spaltung der Gesellschaft führt (World Inequality Report 2018).

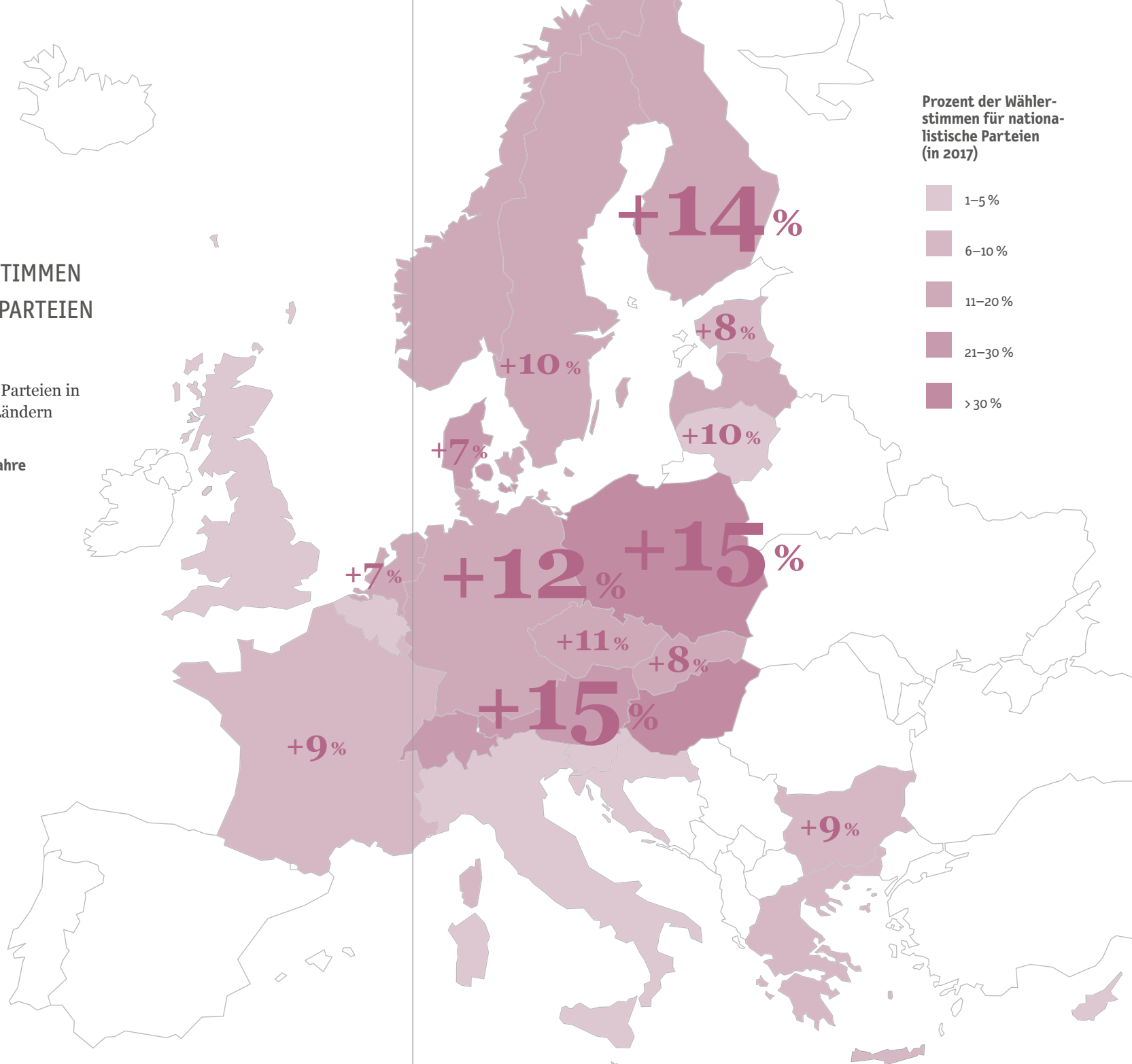
ABBILDUNG 3

ZUNAHME VON WÄHLERSTIMMEN FÜR NATIONALISTISCHE PARTEIEN IN EUROPA

Wahlergebnisse nationalistischer Parteien in
unterschiedlichen europäischen Ländern

Zunahme innerhalb der letzten 10 Jahre

- +15 % Österreich
FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs
- +15 % Polen
PiS – Recht und Gerechtigkeit
und KORWiN
- +14 % Finnland
Perus – Wahre Finnen
- +12 % Deutschland
AfD – Alternative für Deutschland
- +11 % Tschechien
SPD Freiheit und direkte
Demokratie
- +10 % Schweden
SD – Die Schwedendemokraten
- +10 % Lettland
NA – Nationale Allianz
- +9 % Bulgarien
Vereinigte Patrioten
- +9 % Frankreich
FN – Front National
- +8 % Estland
EKRE – Estnische Konservative
Volkspartei
- +8 % Slowakei
LSNS – Volkspartei Unsere Slowakei
- +7 % Dänemark
DF – Dänische Volkspartei
- +7 % Niederlande
PVV – Partei für die Freiheit



Quelle: Offizielle Zahlen der nationalen Wahlämter, Parlamente oder Regierungen (Stand: 28. November 2017)

US-Präsident Donald Trump macht sich mit seiner „America first“-Rhetorik genau diese Stimmung zunutze. In seiner ersten Rede vor der UN-Generalversammlung im September 2017 postulierte er: „Als Präsident der Vereinigten Staaten werde ich Amerika immer an die erste Stelle setzen, genauso wie Sie, als Staats- und Regierungschefs Ihrer Länder, immer Ihre Länder an die erste Stelle setzen werden – und auch sollten“ (The White House 2017).

Negative Entwicklungen in westlichen (und anderen) Ländern werden externen Störfaktoren zugeschrieben, der globalisierten Wirtschaft, Flüchtlingen und Migranten usw. Nicht selten werden auch internationale Vereinbarungen und Institutionen, insbesondere die EU – und in den USA auch die UN – von den nationalistischen Bewegungen als die Wurzel allen Übels dargestellt.

In die Praxis umgesetzt steht eine derartige Ideologie für den Vorrang kurzfristiger nationaler Interessen, wie etwa symbolisiert durch das Brexit-Votum. Offenkundig geschieht dies zum Nachteil kooperativer Lösungsansätze für globale und regionale Herausforderungen. Und auch wenn dies nicht das Ende der internationalen Zusammenarbeit an sich einleiten wird, so mag es doch das Ende der Kooperation bedeuten, wie wir sie seit den 1990er Jahren kennen.

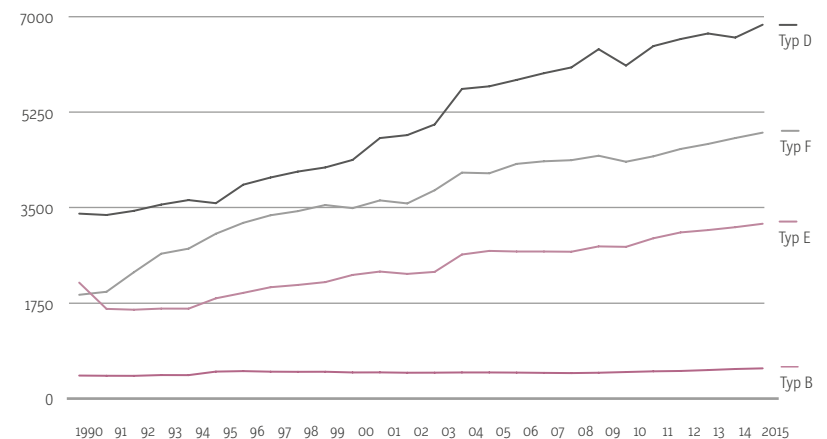
1.2 VERÄNDERT DIE KRISE DES WESTLICHEN LIBERALISMUS DIE GLOBALE KOOPERATION?

Die westliche Welt spricht nicht länger mit einer Stimme. Die Bilder vom G7-Gipfel im italienischen Taormina aus dem Jahr 2017 ließen daran keinen Zweifel. Bundeskanzlerin Angela Merkel fand dafür klare Worte, als sie bemerkte, dass sich Europa nicht länger vollkommen auf seinen langjährigen transatlantischen Verbündeten verlassen könne (https://www.nytimes.com/2017/05/28/world/europe/angela-merkel-trump-alliances-g7-leaders.html?_r=0, 12.01.2018).

Im Hinblick auf die internationale Kooperation gibt vor allem die US-amerikanische Außenpolitik mit ihrem Mangel an Berechenbarkeit Anlass zur Sorge. Mit seinem Ausstieg aus dem Übereinkommen von Paris, der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) und der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie seiner Abneigung gegenüber anderen wesentlichen Kooperationsvereinbarungen, wie dem Atom-Abkommen mit dem Iran und dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA), steht US-Präsident Trump Pate für die Ablehnung multilateraler Lösungen.

Dies verstärkt die öffentliche Wahrnehmung, wonach die internationale Kooperation an Boden verliert. Und tatsächlich, betrachtet man einige der dringenden globalen Herausforderungen wie Syrien und Nordkorea, steckt die internationale Gemeinschaft in einer gefährlichen Sackgasse fest. Allerdings machen diese „großen Themen“ nur einen sehr kleinen – wenn auch bedeutenden – Teil der globalen Kooperation aus. Die bei Weitem größte Anzahl der Kooperationsnetzwerke ist für die Weltöffentlichkeit weitgehend unsichtbar. Sie wirken im Stillen; ihr Beitrag zu einer funktionierenden Weltgesellschaft und zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter wird als gegeben erachtet.

ABBILDUNG 4
Zunahme von INGOs verdeutlicht netzwerkartige Kooperation



Typ B: Organisationen mit universeller Mitgliedschaft: Mitgliedschaft von mindestens 60 Ländern unabhängig ihrer geographischen Lage oder Mitgliedschaft von mindestens 30 Ländern gleich verteilt auf mehrere Kontinente.

Typ D: Organisationen mit regional definierter Mitgliedschaft: Mitgliedschaft und Hauptaugenmerk begrenzt auf bestimmte (sub-)kontinentale Regionen oder benachbarte Länder; umfasst mindestens 3 Länder oder 3 autonome internationale Institutionen.

Typ E: Organisationen ausgehend von Orten, Personen oder Institutionen: können von zwischenstaatlichen oder gemeinschaftlichen Institutionen gegründete internationale Center und Institute umfassen.

Typ F: Organisationen mit speziellen Formen: Stiftungen, Fonds, Banken sowie illegale oder ungewöhnliche Institutionen können beteiligt sein.

Quelle: Diverse Ausgaben des Yearbook of International Organizations (Angaben zu Anzahl internationaler Organisationen nach Typ), hg. von der Union of International Associations

Damit einher geht die Tatsache, dass seit 1990 ein stetiger Anstieg institutionalisierter Kooperationsformen zu verzeichnen ist [Abb. 4]. Während die Zahl der zwischenstaatlichen Organisationen (IGOs) von 1990 bis 2015

nahezu konstant geblieben ist, war im gleichen Zeitraum ein bemerkenswerter Anstieg bei institutionalisierten Kooperationen auf nichtstaatlicher Ebene zu verzeichnen. Damit wird auch ein Wandel in der Natur der globalen Kooperation offenbar. Die Zahl internationaler Nichtregierungsorganisationen (INGOs) mit universeller Mitgliedschaft (Typ B) ist seit 1990 zwar nahezu unverändert geblieben; doch sowohl die Zahl nichtstaatlicher Organisationen mit regional definierter Mitgliedschaft (Typ D) als auch die Zahl der INGOs mit speziellen Organisationsformen, wie z. B. Stiftungen und nichtstaatliche Förderorganisationen (Typ F), hat sich zwischen 1990 und 2015 verdoppelt. Sehr häufig nehmen diese neueren Organisationen vom Typ F die Form von Netzwerken an und zeichnen sich durch eine nicht-hierarchische Struktur und ein hohes Maß an Flexibilität aus. Des Weiteren ist auch die Zahl nichtstaatlicher Kommissionen (Typ E) erheblich gestiegen.

Die aktuellen Probleme internationaler Kooperation allein als Folge des wachsenden Nationalismus in westlichen (und anderen) Ländern abzutun, greift jedoch zu kurz. Stattdessen sollten sich die Global Governance-Protagonisten kritisch fragen, warum nationalistische, antiliberale Bewegungen heutzutage wieder derart in Mode sind. Die Art und Weise, wie sich die internationale Kooperation entwickelt hat, lässt durchaus maßgebliche Schwächen und Ungerechtigkeiten erkennen, die aktiv zu negativen Globalisierungsfolgen und Ungleichheit beitragen, anstatt diese zu verhindern.

Die unangenehme Wahrheit könnte sein, dass parallel zu der stetig wachsenden Bedeutung internationaler Kooperation auch ihre strukturellen Schwächen immer deutlicher zutage treten: die undemokratische Gestaltung, die einer Handvoll „alter“ Mächte übermäßiges Gewicht verleiht; die Neigung, den im System verankerten Interessen dieser Staaten (und mächtiger nichtstaatlicher Akteure) nachzugeben; der anhaltende Mangel an Transparenz und demokratischer Rechenschaft gegenüber der Weltbevölkerung; das Versagen, angemessene Lösungen für eine Reihe besonders dringender Probleme zu erarbeiten; und schließlich die Tendenz, mit Problemlösungen aufzuwarten, die nationale und regionale Gegebenheiten nicht berücksichtigen.

So werden bedeutende Foren und Netzwerke der globalen Kooperation häufig zur Durchsetzung spezifischer Interessen missbraucht. Selten sind die Ausgangsbedingungen für alle Beteiligten gleich, so dass mächtige Akteure Kooperationsnetzwerke zu ihrem eigenen Vorteil gestalten können. Das beste Beispiel hierfür ist wohl der UN-Sicherheitsrat (UN Security Council, UNSC).

Diejenigen, die für Frieden und Sicherheit in der Welt verantwortlich sind, wissen durchaus, was auf dem Spiel steht, wie die große Zahl der offiziellen Sitzungen des UNSC zeigt. Doch die kollektive Fähigkeit des Rates, sich eines Problems anzunehmen und angemessen darauf zu reagieren, scheint ziemlich gering ausgeprägt.

Doch wer wird sich künftig für eine effektivere globale Kooperation einsetzen, jetzt, da der traditionelle, durch den westlichen Liberalismus geprägte Multilateralismus in der Krise steckt? Und wie soll deren normative Grundlage aussehen?

1.3 AUF DER SUCHE NACH (NORMATIVER) FÜHRUNG

Durch den selbstverschuldeten Rückzug des Westens sind die mächtigsten und stabilsten Schwellenländer – allen voran China und Indien – gefordert, ihren Einfluss auf die Weltpolitik zu vergrößern. Dies verschärft nicht nur das seit Langem diskutierte Ungleichgewicht in der Ausgestaltung zentraler Institutionen der Global Governance. Es wirft auch die Frage auf, wer in der globalen Kooperation künftig die Führung übernehmen wird – sowohl in der Praxis, als auch bei der Gestaltung des normativen Rahmens. Denn Führung bleibt von entscheidender Bedeutung, auch wenn sie derzeit in der globalen Kooperation nur schwer zu finden ist. Wie viele empirische Studien zu Führung in multilateralen Verhandlungen zeigen, hängt viel von Einzelpersonen (z. B. Hermann et al. 2001, Tallberg 2010) und Verhandlungsparteien (z. B. Hampson/Reid 2003) ab, die Verantwortung übernehmen und andere Beteiligte in eine Richtung leiten, die zu gemeinsamen Lösungsansätzen führen kann (Skodvin/Andresen 2006).

Führung ist auf Macht angewiesen. Allerdings gibt es vielfältige Möglichkeiten, Macht zu messen und Länder entsprechend einzustufen [Abb. 1]. In den meisten Indizes wird Macht mit quantifizierbaren „harten“ Indikatoren beziffert, wie z. B. Bevölkerungsgröße und wirtschaftliche und/oder militärische Stärke. Andere berücksichtigen auch die „weiche Macht“ (Nye 2004) eines Landes indem etwa die globale Reichweite und Attraktivität des kulturellen Wirkens einer Nation einbezogen wird, das Humankapital eines Landes, seine Beiträge zur Wissenschaft und seine Attraktivität für internationale Studenten (siehe <https://softpower30.com/what-is-soft-power/>).

Entsprechend kann auch Führung unterschiedliche Formen annehmen: *Strukturelle* Führung basiert auf materiellen Ressourcen, wohingegen *intel-*

lektuelle Führung auf die kognitiven und diskursiven Fähigkeiten derjenigen angewiesen ist, die sich an Kooperation beteiligen. In Verhandlungsprozessen wiederum benötigen die Verhandlungsführer vor allem *unternehmerische* Führungsstärke, um andere von ihren Vorschlägen zu überzeugen (siehe Young 1991). Folglich ist Führung nicht allein der (materiell) mächtigsten Partei vorbehalten. Sie kann sogar von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der Zivilgesellschaft ausgehen, wie das Verbot von Landminen mit der Verabschiedung des Ottawa-Übereinkommens oder die Gründung des Internationalen Strafgerichtshof gezeigt haben. Gleichwohl hängt die Zukunft der globalen Kooperation in hohem Maße von den Staaten ab.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt herrscht angesichts der unterschiedlichen Einstufungen Chinas und Indiens in diversen Machtindizes noch viel Unklarheit bezüglich der zukünftigen Führungsrolle einzelner Staaten. Allerdings könnten vier Beobachtungen in diesem Zusammenhang von Bedeutung sein.

Erstens: Vor allem China hat das Potenzial, nicht nur regional, sondern auch global die Führung zu übernehmen [Abb. 1]. Das Land hat sich zu einer wirtschaftlichen Supermacht entwickelt und darüber hinaus seine militärischen Kapazitäten massiv aufgestockt. Chinas Bestreben, seine regionale Vormachtstellung zu konsolidieren, ist zwar bereits seit einiger Zeit offenkundig, welche Ambitionen das Land auf globaler Ebene verfolgt, blieb hingegen lange unklar. Seit die USA unter Präsident Trump der Welt den Rücken kehren, mehren sich die Anzeichen, dass China sich vorbereitet, die Lücke zu füllen. Beim Weltwirtschaftsforum 2017 beispielsweise tat sich der chinesische Präsident Xi Jinping als Befürworter des Freihandels hervor und sprach sich gegen protektionistische Maßnahmen aus, die den multilateralen Handel bedrohen (<https://www.weforum.org/agenda/2017/01/china-new-world-power-davos-2017/>). Ein weiteres Beispiel ist Chinas Bekenntnis zum Übereinkommen von Paris, das im scharfen Kontrast zum Rückzug der Trump-Regierung steht. Hier verbündete sich China mit der EU und mit Kanada, um die Umsetzung des Klimaabkommens voranzubringen (<http://www.dw.com/en/eu-canada-china-try-to-isolate-us-ahead-of-bonn-climate-talks/a-40530601>). Ein weiterer Kandidat für die globale Führungsrolle könnte aufgrund seiner Bevölkerungsgröße Indien sein. Allerdings scheint das Land noch zu sehr mit internen Herausforderungen und den Konflikten in seiner unmittelbaren Nachbarschaft beschäftigt. Somit hat Indien zwar das Potenzial, ein wichtiger Akteur auf der Weltbühne zu werden, derzeit sind seine Fähigkeiten und seine Bereitschaft zur Übernahme einer globalen Führungsrolle jedoch fraglich.

Zweitens: Die aufstrebenden globalen Führungsmächte messen dem Prinzip der Nichteinmischung große Bedeutung bei. Im Gegensatz zu den USA (vor Trump) oder der ehemaligen Supermacht UdSSR beanspruchen sie dieses Prinzip aber nicht nur, um sich vor einer externen Einflussnahme in ihre inneren Angelegenheiten zu schützen. Vielmehr erheben sie Nichteinmischung zu einem globalen Standard, der die internationalen Beziehungen leiten sollte. In welchem Maße das Paradigma der Nicht-Intervention mit dem Status als führende Weltmacht vereinbar ist, bleibt abzuwarten. China zum Beispiel, das offiziell an diesem Paradigma festhält, richtet seine Politik mehr und mehr entlang einer Strategie aus, die chinesische Wissenschaftler als „konstruktive Intervention“ bezeichnen (Pang 2013, S. 48f.).

Drittens: Es besteht eine fortwährende „Auseinandersetzung“ darüber, wer die Spielregeln bestimmt und überwacht (Newman/Zala 2017, S. 1). Doch in vielen Fällen scheinen China und Indien die Konfrontation mit dem Westen hinsichtlich einer angemessenen Vertretung im Global Governance-Gefüge zu meiden. Solange ihre Interessen gewahrt sind, begnügen sie sich mit den bestehenden Strukturen. Fühlen sie sich hingegen unterrepräsentiert, scheuen sie auch nicht vor der Gründung neuer Institutionen, wie z. B. der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) oder der BRICS-Entwicklungsbank, zurück, um westlich dominierte Institutionen zu umgehen.

Viertens: Jenseits einer stärkeren Betonung der Nichteinmischung liegt den neuen Mächten scheinbar nicht daran, den normativen Rahmen oder die grundlegenden Prinzipien der liberalen Weltordnung abzuschaffen. Vielmehr nehmen sie sich selbst so wahr, innerhalb dieses normativen Rahmens zu handeln – und zumindest wesentliche Teile aufrecht zu erhalten, wohingegen der Westen sich von seiner eigenen liberalen Ordnung abzuwenden scheint (z. B. durch wachsenden Protektionismus). Trotzdem mag die Interpretation der geltenden Normen durch die führenden Mächte der Zukunft anders aussehen als heute. Dasselbe gilt für ihre Prioritäten. Dies trifft sicherlich auf China zu: Hier steht die in der internationalen Politik an den Tag gelegte neue Offenheit für westlichen Liberalismus in klarem Gegensatz zur Innenpolitik, besonders was das Verständnis von Rechtsstaatlichkeit sowie bürgerlichen und politischen Rechten angeht.

Zusammengefasst: Was die Aussichten auf eine gestärkte normative Führung betrifft, bleibt das Bild zunächst unscharf. Daher ist es notwendig, genauer zu betrachten, wie globale Kooperation jenseits der traditionellen Vorstellung von einer klar definierten Gruppe führender Mächte aufrechterhalten werden kann.

2. NEUDEFINITION VON KOOPERATION IN EINER WELT IM WANDEL

Das Ziel von globaler Kooperation ist es, gemeinsame Probleme zu lösen und dafür zu sorgen, dass öffentliche Güter wie Frieden und Sicherheit, stabile Finanzmärkte und eine intakte Umwelt aufrechterhalten oder überhaupt zur Verfügung gestellt werden. Globale Problemlösung findet zunehmend vor dem Hintergrund von Unsicherheit statt, die sich aus einer Verschiebung des Machtgefüges und unklaren Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten ergibt. Dies hat zu wachsenden Dysfunktionalitäten in der bestehenden Global Governance-Architektur beigetragen – mit dem UN-System als ihrem Inbegriff. Selbst wohlmeinende Beobachter gehen nicht mehr davon aus, dass die UN in naher Zukunft durch umfangreiche Reformen neu belebt werden. Daher müssen wir uns die Beispiele von Kooperation genauer ansehen, die Eigenschaften aufweisen, mit denen sich Blockaden in Verhandlungen überwinden lassen, die über Multi-Akteurs- und Mehrebenen-Ansätze neue Wege der Beteiligung eröffnen, die Lernprozesse und Wissensbildung fördern und neue Mechanismen der Rechenschaftspflicht entwickeln.

In diesem Zusammenhang liefert der Blick auf laufende Verhandlungsprozesse wertvolle Hinweise. Die globale Kooperation ist bereits heute von einer stetig wachsenden Zahl an Akteuren und Machtkonstellationen einerseits und komplexen globalen Problemen andererseits geprägt. Um dieser neuen Realität zu begegnen, könnten sich drei Strategien als hilfreich erweisen, die auf dem Beispiel der Verhandlungen zum Pariser Klimaschutzabkommen aufbauen: eine größere Variabilität bei der Koalitionsbildung, ein stärkerer Fokus auf polyzentrische und hybride Formen von Governance, einschließlich einer großen Akteursvielfalt, und schließlich mehr Flexibilität bei Global Governance-Leistungen.

2.1 VARIABILITÄT BEI DER KOALITIONSBLDUNG

Die Welt der Staatenkoalitionen ist vielseitiger geworden – und unbeständiger. Bündnisse, die in der Lage zu sein schienen, künftig den Ton anzugeben (z. B. die G20 oder die BRICS-Staaten), scheinen wieder an Einfluss zu verlieren. Doch das Aufbrechen starrer und verkrusteter Staatenkoalitionen bietet auch neue Chancen für flexiblere, themen- und ergebnisorientierte „Koalitionen der Willigen“. Sie haben das Potenzial voranzugehen, ohne sich in alte

Revierkämpfe zu verstricken oder darauf zu warten, dass der kleinste gemeinsame Nenner gefunden wird. Beispiele hierfür finden sich erneut beim Thema Klimawandel. Hier haben Koalitionen von Staaten Verhandlungsgruppen mit wechselnden und sich überschneidenden Mitgliedschaften gebildet, oft basierend auf regionaler Nähe [Abb. 5]. Die Art und Weise, in der sich Parteien bei den Klimaschutzverhandlungen zusammenfinden, ist von einer zunehmenden Fragmentierung gekennzeichnet. Zwar gibt es immer noch den traditionellen Block der G77 plus China, doch im Laufe der Zeit haben sich Mitglieder dieser Gruppe von Entwicklungsländern auch anderen Bündnissen angeschlossen, um ihre besonderen und zusehends unterschiedlichen Interessen zu vertreten. Ein Paradebeispiel sind die BASIC-Staaten (Brasilien, Südafrika, Indien und China), Schwellenländer, die in den Verhandlungen andere Prioritäten verfolgen als sonstige Koalitionen von Entwicklungsländern.

Der Fokus auf zwischenstaatliche Verhandlungen sollte allerdings nicht die Tatsache verschleiern, dass Global Governance von einer Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Akteure gestaltet wird, die auf vielen verschiedenen Ebenen miteinander kooperieren.

2.2 FOKUS AUF POLYZENTRISCHE UND HYBRIDE FORMEN TRANSNATIONALER GOVERNANCE

Nationale Regierungen sind schon lange nicht mehr die einzig wichtigen Akteure der globalen Kooperation. Wie am Beispiel des Übereinkommens von Paris deutlich wird, kann eine stärker dezentralisierte, polyzentrisch strukturierte Kooperation manchmal eher zum Erfolg führen. So gibt es zum Beispiel recht hoffnungsvolle Anzeichen dafür, dass das Übereinkommen von Paris „überleben“ wird, obwohl die Trump-Regierung ihre Unterstützung zurückgezogen hat: Trumps Ausstieg aus dem Klimaabkommen wurde von einer Koalition US-amerikanischer Bundesstaaten und Städte abgefedert, die zugesichert haben, ihren Beitrag zu leisten, damit das Land seine ursprünglichen Zusagen erfüllt (siehe <https://www.carbonbrief.org/analysis-us-states-cities-could-meet-paris-climate-goals-without-trump>).

Die aktuelle Debatte zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris verdeutlicht, dass die Mitgliedschaften in internationalen Regimen zunehmend vielfältiger geworden sind. Sie bestehen nicht nur aus nationalen Regierungen, sondern schließen auch subnationale Einheiten und nichtstaatliche Akteure, wie zivilgesellschaftliche Organisationen (civil society organisations, CSOs)

Abkürzungen

AILAC	Unabhängige Vereinigung Lateinamerikas und der Karibik
ALBA	Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika
AOSIS	Allianz der kleinen Inselstaaten
BASIC	Brasilien, Südafrika, Indien und China
CACAM	Zentralasien, Kaukasus, Albanien und Moldawien
CfRN	Koalition der Regenwald-Nationen
EIG	Environmental Integrity Group
G77+China	Gruppe der 77 und China
LDC	Am wenigsten entwickelte Länder
LMDC	Gleichgesinnte Entwicklungsländer
LLDC	Entwicklungsländer ohne Meereszugang
OIF	Internationale Organisation der Frankophonie
OPEC	Organisation erdöl-exportierender Länder
SIDS	Kleine Insel-entwicklungsländer

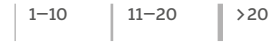
Mitglieder



UN-Verhandlungsgruppe

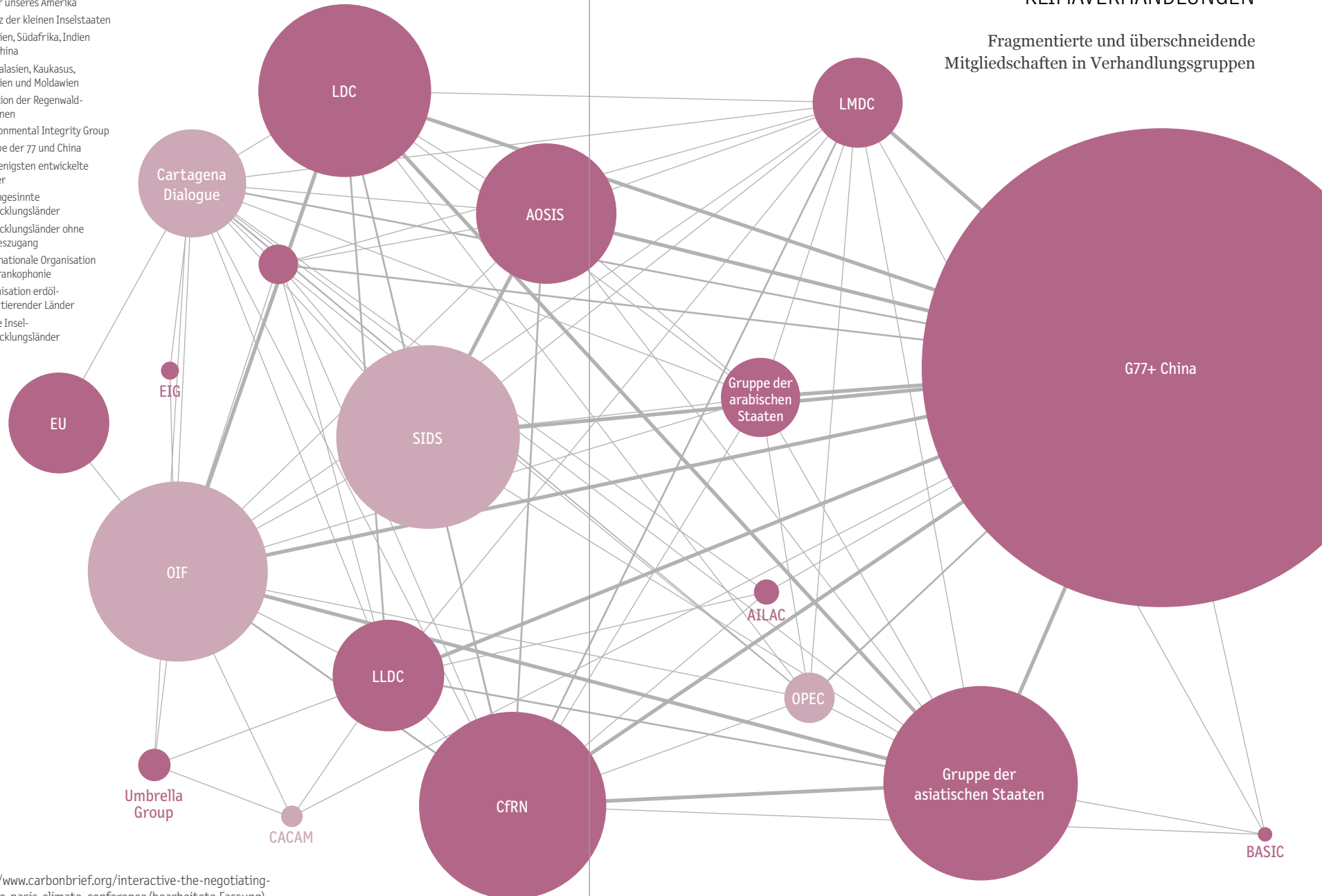
Weitere Gruppen im Klimaprozess

gemeinsame Länder (überschneidende Mitgliedschaft)



NETZWERK DER STAATEN-KOALITIONEN IN DEN PARISER KLIMAVERHANDLUNGEN

Fragmentierte und überschneidende Mitgliedschaften in Verhandlungsgruppen



und Unternehmen, mit ein. Nichtstaatliche Akteure spielen in der globalen Kooperation seit geraumer Zeit eine wesentliche Rolle. Während NGOs oder CSOs gemeinhin als legitime Akteure und progressive Kräfte in der Kooperation betrachtet werden, ist das Ansehen von Unternehmen eher durchwachsen. Aufgrund ihres Charakters ist es fraglich, ob ihre Beteiligung an globaler Kooperation tatsächlich für ein neues Verständnis von Gewinnstreben stehen soll. Allerdings sind die meisten Unternehmen – ganz gleich, ob sie nun lokal, national oder international tätig sind – auf ein stabiles und sicheres Umfeld angewiesen, um Erfolg zu haben. Und immer mehr Wirtschaftsakteure erkennen ihre Verantwortung an, ein eben solches Umfeld aktiv mitzugestalten.

Wie in vielen anderen Bereichen, zeichnet sich Governance auch im Kontext des globalen Klimaschutzes durch verschiedene Formen der Regulierung aus, die von unterschiedlichen Akteursgruppen ausgehen: Diese sind öffentlich, privat oder – im Fall der gemeinsamen Regulierung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure – hybrid. Abbott und Snidal haben hierzu das Konzept des „Governance-Dreiecks“ eingeführt, um die verschiedenen Regulierungsformen abzubilden, die durch die Interaktion aller Typen von Akteuren geschaffen werden (Abbott/Snidal 2009a, 2009b). In Anlehnung an dieses Dreieck mit seinen unterschiedlichen Interaktionszonen (Zone 1-7) haben Widerberg, Pattberg und Kristensen 87 Kooperationsinitiativen mit unterschiedlichen Funktionen innerhalb des Regimekomplexes identifiziert – von der Festlegung von Standards und der Einigung auf Verpflichtungen, über Informations- und Netzwerkarbeit, bis hin zur Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen (Widerberg/Pattberg/Kristensen 2016) [Abb. 6].

Interessanterweise überschneiden sich institutionelle Interaktionen in Bereichen der öffentlichen Regulierung (Zone 1), der hybriden Regulierung durch staatliche Akteure und Unternehmen (Zone 4) und der hybriden Regulierung durch Akteure aus allen Gruppen (Zone 7), wohingegen einzelne Initiativen von CSOs nur lose mit dem Netzwerk verbunden sind. Daraus können wir dreierlei folgern: Erstens bleibt der Staat weiterhin ein zentraler Akteur globaler Kooperation, zweitens kooperieren Staaten häufig mit nicht-staatlichen Akteuren und drittens arbeiten Unternehmen enger mit Staaten zusammen als CSOs.

Integrierte Lösungen, an denen Regierungen ebenso wie traditionelle Akteure der Zivilgesellschaft, Unternehmen und akademische Einrichtungen beteiligt sind, erfordern nicht-hierarchische Entscheidungsprozesse, die offen für die Beteiligung aller Akteure sind. In der historischen Betrachtung stellen

wir eine Entwicklung hin zu Governance-Arrangements fest, die ein höheres Maß an Integration der unterschiedlichen Akteure sowie einen höheren Vernetzungsgrad aufweisen als einzelne Regime oder Regimekomplexe [Tab. 1]. Manche Wissenschaftler bezeichnen institutionalisierte, netzwerkartige Kooperationsformen als „experimentelle Governance“ (De Búrca/Keohane/Sabel 2014). Der „experimentelle“ Charakter der Governance ist dabei nicht allein auf hybride Regulierungsformen zurückzuführen. Er beruht außerdem auf einem nicht-hierarchischen offenen Prozess, in den alle Beteiligten einbezogen sind und der sich durch fortlaufenden Austausch über die Problemdefinitionen und normativen Grundsätzen, kontinuierliche Überwachung und Überprüfung sowie Feedback aus dem lokalen Kontext auszeichnet. Diese Dynamik wurde im Rahmen der westlichen liberalen Ordnung geschaffen. Ob sie im Zeitalter schrumpfender Handlungsspielräume für Akteure der Zivilgesellschaft aufrechterhalten werden kann, bleibt abzuwarten.

TABELLE 1
Wachsender Integrations- und Vernetzungsgrad bei Governance-Arrangements

Typ des Governance-Arrangements	Wesentliche Zeiträume	Beispiele
Umfassende, integrierte internationale Regime	1945–	Währungssystem von Bretton-Woods, Luftverkehrsregelungen, WTO
Regimekomplexe: mannigfaltige, nicht-hierarchische Institutionen	1995–	Regimekomplex zum Klimaschutz basierend auf dem Kyoto-Protokoll; öffentlich-privater Gesundheitsregimekomplex; Regimekomplex zur Ernährungssicherheit; Regimekomplex zur Bekämpfung von Hochsee-Piraterie
Experimentelle Governance: institutionalisierte Vernetzungsmuster	1995–	Weltforstrat (FSC); UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; UN-Kinderrechtsübereinkommen, Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

Quelle: De Búrca/Keohane/Sabel 2013, S. 744 (geringfügig geänderte Fassung)

Gegenwärtig weist der Regimekomplex zum globalen Klimaschutz – besonders seit der Verabschiedung des Übereinkommens von Paris – einige Merkmale experimenteller Governance auf. Der neue Bottom-up-Ansatz des Pariser Übereinkommens baut auf der Vielfalt seiner Akteure auf und erkennt die Notwendigkeit der Rückbindung an den lokalen Kontext an. Im Mittelpunkt steht auch eine offene Definition der Probleme, über die man sich zunächst

DAS GOVERNANCE-DREIECK DES KLIMAWANDELS MIT UNTERSCHIEDLICHEN INTERAKTIONSZONEN

Es existieren 87 (öffentliche, private und hybride) Kooperationsinitiativen mit verschiedenen Funktionen innerhalb des Regime-Komplexes, die von der Festlegung von Standards und der Einigung auf Verpflichtungen, über Informations- und Netzwerkarbeit, bis hin zur Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen reichen.

1. Der Staat bleibt weiterhin ein zentraler Akteur in der globalen Kooperation.

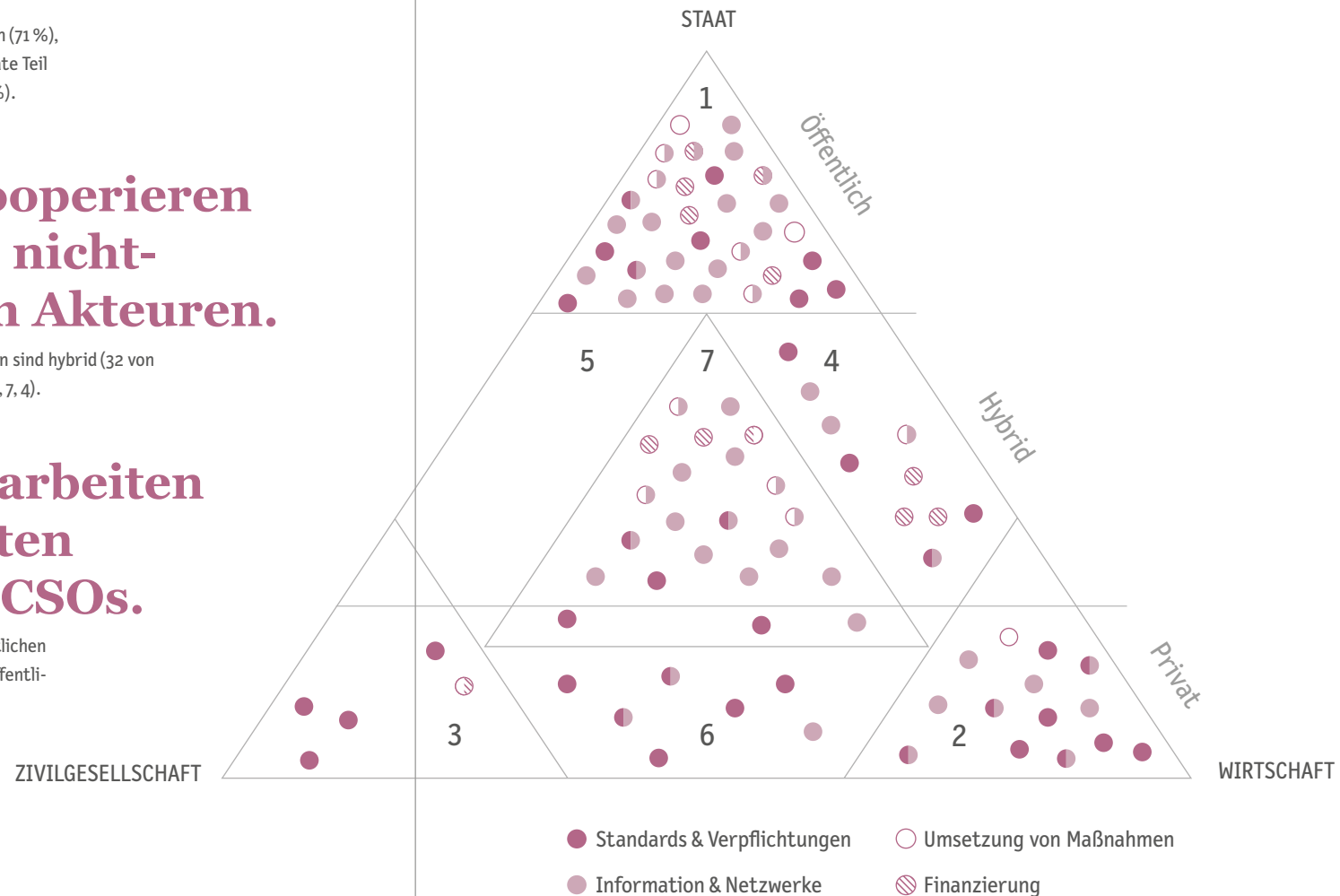
Öffentliche Instanzen sind Teil von 63 Initiativen (71 %), wovon 31 rein öffentlich sind, während der private Teil (Zonen 3, 6, 2) 26 Initiativen repräsentiert (29 %).

2. Staaten kooperieren häufig mit nicht-staatlichen Akteuren.

Mehr als ein Drittel der Initiativen sind hybrid (32 von 89, dies entspricht 36 %, Zonen 5, 7, 4).

3. Unternehmen arbeiten enger mit Staaten zusammen als CSOs.

Es gibt keine Zusammenschlüsse zwischen öffentlichen Instanzen und CSOs (Zone 5), aber 10 zwischen öffentlichen Instanzen und Unternehmen (11 %, Zone 4).



im gemeinsamen Austausch verständigt. Darüber hinaus werden zahlreiche noch auszuhandelnde Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten sowie noch näher zu bestimmende Überwachungs- und Überprüfungsprozesse definiert. Derartige Governance-Modi fördern neue Formen der Transparenz, Vertrauensbildung und Überprüfung, die so dringend benötigt werden. Allerdings sind Formen der experimentellen Governance auf den grundsätzlichen Willen zur Kooperation und zur Überwindung des Status Quo angewiesen. Anderenfalls kann eine institutionelle Vernetzung mit eingebauten „Lernschleifen“ nicht funktionieren.

2.3 FLEXIBILITÄT BEI GOVERNANCE-LEISTUNGEN

Das Übereinkommen von Paris wird unter anderem für die Flexibilität gelobt, die es den Vertragsparteien bezüglich ihrer Beiträge zur Einhaltung des gemeinsamen 2-Grad-Ziels einräumt. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass rechtlich bindende weltweite Abkommen zwischen Parteien mit extrem unterschiedlichen Präferenzen entweder dazu führen, dass man sich lediglich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt, oder dass die Verhandlungen ganz zum Stillstand kommen (Victor 2016, S. 134). Die Flexibilität, die hinsichtlich der „national festgelegten Beiträge“ (NDCs) gewährt wird, baut auf der Erwartung auf, dass die Bereitschaft der einzelnen Länder steigen wird, sich auf ehrgeizigere Ziele festzulegen. Dahinter steht die Überlegung, dass die Staaten sich erreichbare Ziele stecken und ihre Verpflichtungen daran anpassen, was sie jeweils leisten können – und zu leisten bereit sind.

Darüber hinaus eröffnet eine solche institutionelle Struktur die Möglichkeit, nationale Interessen in einen Mehrebenen-/Bottom-up-Ansatz aufzunehmen, indem jedes Land die Klimapolitik nach seinen eigenen Präferenzen gestalten kann. Im günstigsten Fall werden dadurch die Vereinbarungen insgesamt besser eingehalten – und damit ein Gegenentwurf zu der verbreiteten Meinung von der „globalen Kooperation in der Krise“ geschaffen. Außerdem könnte das Modell wegweisend sein, wenn es darum geht, Kritiker auf der nationalen Ebene zu besänftigen, die auf Nichteinmischung und nationale Souveränität bestehen. Im ungünstigsten Fall wird es für Staaten leichter, lediglich Lippenbekenntnisse abzugeben und keine substanziellen Verpflichtungen einzugehen.

Doch auch wenn flexiblere institutionelle Strukturen wie diese erheblichen Spielraum für ganz unterschiedliche nationale Maßnahmen lassen, besteht weiterhin die Notwendigkeit, sich auf gemeinsame Indikatoren und Maßstäbe zu

verständigen, um die erzielten Ergebnisse zu bewerten. Am Prozess zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) wird deutlich, dass manchmal erst eine Vielzahl von Stimmen in Einklang gebracht werden muss, bevor ein bestimmter Ton erklingt. Um beispielsweise das SDG 3 (gesundes Leben und Wohlergehen für Menschen jeden Alters) zu erreichen, müssen alle Staaten die allgemeine Gesundheitsversorgung verwirklichen. Möglichkeiten, dies genauer zu definieren und das Ziel zu erreichen, gibt es viele. Doch sind auf dem Weg zu einer allgemeinen Gesundheitsversorgung gewisse normative Herausforderungen zu bewältigen, etwa wer darin eingeschlossen ist und welche Leistungen abgedeckt sind. Um sicherzustellen, dass auch Gerechtigkeitsfragen berücksichtigt werden, haben die Weltgesundheitsorganisation und die Weltbank einen Rahmen mit Maßnahmen und Zielen entwickelt, um den Fortschritt in Richtung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung auf der nationalen und globalen Ebene zu überprüfen (WHO/Weltbank 2014). Daher geht Flexibilität bei Governance-Leistungen oft mit einer „Meta-Governance“ einher, die nicht nur von internationalen Organisationen, sondern auch von transnationalen Multistakeholder-Partnerschaften geleistet werden kann. Ein Beispiel hierfür ist der Weltforstrat FSC (Forest Stewardship Council), der eine Reihe von Standards für die Waldbewirtschaftung definiert und überwacht, die wiederum den Rahmen für individuelle nationale und subnationale Standards bilden.

3. AUSBLICK

Werden diese Strategien die globale Kooperation „fit“ für eine multipolare Welt machen und zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung beitragen können? Die Aussichten sind unsicher und mitunter nicht eindeutig. Denn die neue Flexibilität und besonders die Komplexität der Regime sind nicht ohne Fallstricke. Möglicherweise bringt die weitere Entwicklung eine wachsende Zahl von Regimen hervor, die miteinander im Widerspruch stehen – oder produziert gegenstandslose Vereinbarungen, da die wichtigsten Akteure nicht an Bord sind (wie z. B. im Fall des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen, der am 7. Juli 2017 von der UN-Generalversammlung beschlossen wurde). Wie lassen sich gegensätzliche Regime miteinander vereinbaren? Und wie können wir eine gemeinsame Basis für die generelle Richtung finden, in die sich unsere Welt entwickeln soll? Wie bereits angedeutet, besteht zunehmend die Notwendigkeit, dies alles zu „orchestrieren“, nicht nur mittels polyzentrischer und Multi-Level-Governance, sondern auch mit-

hilfe einer Meta-Governance. Der wohl geeignetste Ansatz dieses Ziel zu erreichen, ist eine „gemeinsame, aber differenzierte Governance“ (Meuleman/Niestroy 2015), d. h. eine situativ angepasste Governance-Rahmenstruktur, die auf gemeinsamen normativen Grundsätzen basiert. Die UN mit ihren vielfältigen Organisationen und Agenturen verkörpern und reflektieren eine Reihe wesentlicher normativer Grundsätze. Viele davon gelten immer noch als „gemeinsame“ Prinzipien, andere wiederum sind mittlerweile umstritten. Im Hinblick auf ihre Effektivität lässt sich freilich sagen, dass die UN bzw. ihre Mitgliedsstaaten nicht immer zur vollsten Zufriedenheit Ergebnisse „liefern“. Trotzdem bleiben die UN immer noch die Institution mit einer universellen Mitgliedschaft, die eine Arena bieten kann, um Gemeinsamkeiten auszuloten.

Doch ist es nicht länger Sache der westlichen Welt allein, den Rahmen für die globale Kooperation abzustecken: Er wird zunehmend von anderen Weltregionen und aufstrebenden Mächten gestaltet. Notwendig ist daher ein gutes Verständnis neuer Kooperationsansätze und der ihnen zugrunde liegenden normativen Rahmenwerke sowie der Interessen und Perspektiven der unterschiedlichen Akteure – als Voraussetzung für eine gemeinsame Verständigung darauf, wie globale öffentliche Güter am besten bereitgestellt werden können.

Die neue Reihe GLOBALE TRENDS. ANALYSEN will einen Beitrag zu einer solchen besseren Verständigung leisten, indem sie Stimmen aus unterschiedlichen Weltregionen zusammenbringt. Basierend auf Forschung, Zahlen und Fakten ist das Ziel, die globale Kooperation zum Nutzen der gesamten Menschheit zu fördern.

LITERATUR

- ABBOTT, KENNETH W./SNIDAL, DUNCAN** 2009a: The Governance Triangle: Regulatory Standards Institutions and the Shadow of the State, in: Mattli, Walter/Woods, Ngaire (Hg.): The Politics of Global Regulation, Princeton: Princeton UP, S. 44-88.
- ABBOTT, KENNETH W./SNIDAL, DUNCAN** 2009b: Strengthening International Regulation Through Transnational New Governance: Overcoming the Orchestration Deficit, in: Vanderbilt Journal of Transnational Law, Jg. 42/2, S. 501-578.
- DE BURCA, G./KEOHANE, R. O./SABEL, C.** 2014: Global Experimentalist Governance, in: British Journal of Political Science, Jg. 44/3, S. 477-486.
- DE BÚRCA, GRÁINNE/KEOHANE, ROBERT O./SABEL, CHARLES** 2013: New Modes of Pluralist Global Governance, in: New York University Journal of International Law and Politics, Jg. 45/1, S. 723-786.
- HAMPSON, FEN OSLER/REID, HOLLY** 2003: Coalition Diversity and Normative Legitimacy in Human Security Negotiations, in: International Negotiation, Vol. 8/1, pp. 7-42.
- HERMANN, MARGARET G./PRESTON, THOMAS/KORANY, BAGHAT/SHAW, TIMOTHY M.** 2001: Who Leads Matters: The Effects of Powerful Individuals, in: International Studies Review, Jg. 3/2, S. 84-131.
- MEULEMAN, LOUIS/NIESTROY, INGEBORG** 2015: Common But Differentiated Governance: A Metagovernance Approach to Make the SDGs Work, in: Sustainability, Jg. 7/9, S. 12295-12321.
- NEWMAN, EDWARD/ZALA, BENJAMIN** 2017: Rising Powers and Order Contestation: Disaggregating the Normative from the Representational, in: Third World Quarterly: online, S. 1-18.
- NYE, JOSEPH S.** 2004: Soft Power: The Means to Success in World Politics, New York: Public Affairs.
- PANG, ZHONGYING** 2013: The Non-interference Dilemma: Adapting China's Approach to the New Context of African and International Realities, in: Gebrehiwot, Mulugeta Berhe/Hongwu, Liu (eds.): China-Africa Relations. Governance, Peace and Security, Institute for Peace and Security Studies, Addis Ababa University, and Institute of African Studies, Zhejiang Normal University, S. 46-54, [http://dspace.africaportal.org/jspui/bitstream/123456789/34031/1/ChinaAfricaBook\(3\).pdf](http://dspace.africaportal.org/jspui/bitstream/123456789/34031/1/ChinaAfricaBook(3).pdf).
- SKODVIN, TORA/ANDRESEN, STEINAR** 2006: Part One: Negotiating International Environmental Regimes - Leadership Revisited, in: Global Environmental Politics, Jg. 6/3, S. 13-27.
- TALLBERG, JONAS** 2010: The Power of the Chair: Formal Leadership in International Cooperation, in: International Studies Quarterly, Jg. 54/1, S. 241-265.
- THE ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT** 2017: Democracy Index 2016. Revenge of the „deplorables“, London: The Economist Intelligence Unit.
- THE WHITE HOUSE** 2017: Remarks by President Trump to the 72nd Session of the United Nations General Assembly, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/09/19/remarks-president-trump-72nd-session-united-nations-general-assembly>.
- UNION OF INTERNATIONAL ASSOCIATIONS** 2016: Yearbook of International Organizations 2016-2017. Guide to Global Civil Society Networks, Ausgabe 53, Bd. 4: International Organization, Bibliography and Resources, Leiden: Brill.
- VICTOR, DAVID G.** 2016: What the Framework Convention on Climate Change Teaches Us About Cooperation on Climate Change, in: Politics and Governance, Jg. 4/3, S. 133-141.
- WHO/WORLD BANK** 2014: Monitoring Progress Towards Universal Health Coverage at Country and Global Levels: Framework, Measures, Targets, Genf: WHO.

WIDERBERG, OSCAR/PATTBERG, PHILIPP/

KRISTENSEN, KRISTIAN 2016: Mapping the Institutional Architecture of Global Climate Change Governance - V.2 (Technical Paper) (<http://fragmentation.eu/wp-content/uploads/2016/06/Technical-report-Climate-change-R16-02-FINAL.pdf>, 31.01.2018), Amsterdam: Institute for Environmental Studies (IVM).

WORLD INEQUALITY REPORT 2018, Text und Koordination: Facundo Alvaredo, Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman, Originalreport sowie Deutsche Kurzfassung verfügbar unter: <http://wir2018.wid.world/>.

YOUNG, ORAN R. 1991: Political Leadership and Regime Formation: On the Development of Institutions in International Society, in: International Organization, Jg. 45/3, S. 281-308.

DIE AUTORINNEN

DR. MICHÈLE ROTH

Geschäftsführerin der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)



DR. CORNELIA ULBERT

Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen



© Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF),
Universität Duisburg-Essen, Duisburg



GLOBALE TRENDS. ANALYSEN

untersuchen gegenwärtige und künftige Herausforderungen einer globalisierten Welt vor dem Hintergrund langfristiger politischer Trends. Die Reihe widmet sich Fragen von hoher politischer Relevanz für künftige Entwicklungen auf regionaler oder globaler Ebene. GLOBALE TRENDS. ANALYSEN deckt ein breites Themenfeld in den Bereichen Global Governance, Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Weltwirtschaft und Weltfinanzsystem, Umwelt und natürliche Ressourcen ab. Die Reihe zeichnet sich durch Perspektiven aus verschiedenen Weltregionen aus.